

Interview von Verteidigungsminister Scharping mit Manfred Schell zum Thema Mazedonien und Radarstrahlen auf n-tv am 6.8.2001

Frage (Manfred Schell): Viele SPD-Abgeordnete haben Vorbehalte, Bundeswehrsoldaten nach Mazedonien zu schicken.

Scharping: Ich bin schon sehr einverstanden, wenn man kritisch und aufmerksam auf solche Entwicklungen schaut und sich sehr sorgfältig - übrigens auch sehr zurückhaltend - überlegt, ob man mit Hilfe von Soldaten einen Beitrag zur Gewährleistung friedlicher Entwicklung erbringen kann. Was mich überrascht, ist, dass Manche schon ihr Urteil feststehen haben, ohne dass die Grundlagen auf dem Tisch liegen. Das finde ich etwas zu weitgehend, um mich mal ganz höflich auszudrücken. Im Übrigen bin ich sicher, dass der Bundeskanzler, der Außenminister, die ganze Regierung - mich eingeschlossen - schon die Dinge nicht nur sorgfältig überlegen, sondern im Falle einer Entscheidung auch die Überzeugungskraft haben, in der Koalition und - wie ich hoffe - übrigens auch im ganzen Bundestag - das finde ich nämlich ungewöhnlich ärgerlich und auch verantwortungslos, dass Teile der Opposition offenkundig dazu neigen, innenpolitische und parteitaktische Fragen mit diesem ersten Thema zu verbinden. Das sollte man besser lassen, denn das geht immer auf dem Rücken der Soldaten, immer auf dem Rücken internationaler Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit Deutschlands aus. Und dafür sind die Themen zu wichtig, als dass man sie zum Gegenstand von Parteitaktik, Polemik oder Personalpolitik machen sollte.

Frage: Will die Koalition aus eigener Kraft diese Entscheidung treffen, oder spekuliert sie auf Unterstützung aus anderen Lagern?

Scharping: Das ist keine Spekulation, das ist ein Bedürfnis im Interesse der Soldaten und der internationalen Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit Deutschlands. Je breiter die Mehrheit im Deutschen Bundestag, umso besser für die Belange der Soldaten und für die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings, die Koalition wird im Zweifelsfall auch in der Lage sein, diese Mehrheit alleine sicher zu stellen. Das eine ist ein Ziel, möglichst bald eine Mehrheit, das andere ist die Handlungsmöglichkeit, Handlungsoption, die der Regierung immer zur Verfügung steht.

Frage: Sie sind sehr vorsichtig in der Abschätzung, ob es überhaupt zu einem Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien kommt.

Scharping: Ja, ich sage das mit Blick auf die Entwicklung in Mazedonien, die in der Stunde, in der wir reden, nicht wirklich abschätzbar ist. Im Übrigen: Es gibt da ein ganz eigenartiges innenpolitisches Gehacke um dieses Thema deswegen, weil manche Leute sagen, die Bundeswehr könne das personell nicht mehr leisten. Das ist ein völlig untaugliches Argumentieren, denn der Deutsche Bundestag hat beispielsweise für das Kosovo eine Obergrenze von 8.500 Soldaten gebilligt. Wir setzen aber nur 5 100 ein, immer längs des Auftrages und mit dem Ziel, die Belastung für die Bundeswehr insgesamt und für die eingesetzten Soldaten so gering wie möglich zu halten. Aus dieser Differenz von 3 400 erschließt sich ganz unschwer, dass 400 bis 500 auf der personellen Seite nicht das Problem sein werden. Der Bundeskanzler hat ausdrücklich gesagt, die erforderliche finanzielle und übrige Ausrüstung wird zusätzlich zur Verfügung gestellt. Das ist ein Wort, das gilt.

Frage: Was werden Sie denjenigen sagen, die gegen einen solchen Einsatz sind?

Scharping: Dass sie damit riskieren, dass ein gemeinsamer - mit Frankreich und Spanien - entwickelter Verband scheitert, mit erheblichen negativen Folgen im Bündnis und in der Entwicklung der europäischen Sicherheitspolitik. Das alles wird zu Lasten Deutschlands gehen, und das sollten wir vermeiden. Das Zweite wäre das Risiko, dass in Mazedonien diejenigen die Oberhand gewinnen, die an Gewalt, Extremismus und Schlimmerem interessiert sind, mit Folgen für das Kosovo, mit Folgen für die gesamte Region.

Frage: Was sagen Sie denjenigen, die meinen, wir bräuchten ein UN-Mandat?

Scharping: Das ist wünschenswert, aber erstens nicht notwendig und zweitens nicht erreichbar. Es ist nicht notwendig, weil die demokratisch gewählte Regierung in Mazedonien ein klares Ersuchen um Hilfe an die NATO gerichtet hat... Das Zweite ist, dass die Charta der Vereinten Nationen solche Hilfsmaßnahmen ausdrücklich vorsieht. Das Dritte ist, dass wir uns

jetzt nicht in langwierige Verhandlungsprozesse im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen begeben sollten.

Frage: In den Sechzigern und Siebzigern wurden Bundeswehrsoldaten durch Radargeräte verstrahlt. Sie haben gesagt, das Thema wird großzügig behandelt, und jetzt hört man, die Bürokratie hinkt hinterher.

Scharping: Das ist falsch, denn der Bericht der Kommission, die ich ja bewusst eingesetzt habe, liegt seit gerade mal fünf Wochen vor. In dieser Zeit ist geschehen die Bündelung der Verwaltungskompetenzen, die Ernennung eines Sonderbeauftragten. Und ich bin sicher, dass ich in den nächsten Tagen über Informationsgrundlagen verfüge, die es mir dann erlauben, bezogen auf verschiedene Personengruppen auch entsprechend Vorschläge zu machen. Ich mache darauf aufmerksam: Ich kann das, muss das und werde das tun im Rahmen der geltenden Gesetze. Ich finde das erstaunlich, dass in der öffentlichen Debatte manchmal sogar von Rechtsanwälten erwartet wird, dass ich höchstrichterlicher Urteile außer Kraft setze oder Gesetze missachte. Das wird nicht geschehen. Dazu bin ich auch eigener Überzeugung - übrigens auch durch den Amtseid - verpflichtet, aber im Rahmen der geltenden Gesetze unverändert, so rasch wie möglich, so großzügig wie möglich und so streitfrei wie möglich, so viele Dinge bereinigen und den Menschen helfen. Da interessiert mich nur eine schnelle, umfassende Hilfe für die unmittelbar Betroffenen.

Frage: Wie lange wird es denn dauern, bis bei den Leuten was ankommt?

Antwort: Das ist sehr schlecht zu sagen, denn die Streitfreiheit setzt Einigungswillen und Einigung auf zwei Seiten voraus. In den Fällen, in denen es einen Einigungswillen und eine Einigung auf beiden Seiten gibt, wird das sicher noch im Laufe dieses Jahres geregelt sein. Je schneller, desto besser.

Stand:06. August 2001